01 - Büro des Oberbürgermeisters
Frau Schütte

Datum:
14.08.2017

Anfrage

Beschließendes Gremium:

Anfrage und Auskunftersuchen gem. § 56 NKomVG "Lärmgutachten für B-Pläne 153 I,II,III sowie Lärmschutzmaßnahmen für B-Plan 153 II" (Anfrage des Ratsvorsitzenden von Nordheim vom 14.08.2017, eingegangen am 14.08.2017 um 10:00 Uhr)

Beratungsfolge:

Öffentl. Status	Sitzungs- datum	Gremium
Ö	28.08.2017	Ausschuss für Bauen und Stadtentwicklung

Sachverhalt:

s. Anfrage des Ratsvorsitzenden von Nordheim vom 14.08.2017, eingegangen am 14.08.2017 um 10:00 Uhr

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Bauen und Stadtentwicklung nimmt Kenntnis.

Finanzielle Auswirkungen:

Kosten (in €)

- a) für die Erarbeitung der Vorlage: 15,-- €
 - aa) Vorbereitende Kosten, z.B. Ausschreibungen, Ortstermine, etc.
- b) für die Umsetzung der Maßnahmen:
- c) an Folgekosten:
- d) Haushaltsrechtlich gesichert:
 - Ja
 - Nein
 - Teilhaushalt / Kostenstelle:
 - Produkt / Kostenträger:
 - Haushaltsjahr:
- e) mögliche Einnahmen:

Anlage/n:

Anfrage des Ratsvorsitzenden von Nordheim vom 14.08.2017, eingegangen am 14.08.2017 um 10:00 Uhr

Beratungsergebnis:

	Sitzung am	TOP	Ein-stimmig	Mit Stimmen-Mehrheit Ja / Nein / Enthaltungen	lt. Beschluss-vorschlag	abweichende(r) Empf /Beschluss	Unterschr. des Proto-kollf.
1							
2							
3							
4							

Beteiligte Bereiche / Fachbereiche:

DEZERNAT III

DEZERNAT VI

06 - Bauverwaltungsmanagement

Bereich 61 - Stadtplanung

Fachbereich 7 - Straßen- & Grünplanung, Ingenieurbau

Eingang 14.08.2017, 10:00 Uhr.

An
Frau Stadtbaurätin H. Gundermann
Rathaus
21335 Lüneburg
(vorab per eMail)

Lüneburg, 13.08.2017
Az. 17-77 vN.ABS

Sehr geehrte Frau Stadtbaurätin,

die untenstehende Anfrage bzw. Bitte um Auskunft reiche ich bei Ihnen für die Sitzung des Ausschusses für Bau und Stadtentwicklung am 28.08.17 ein, da der Vorgang im ABS am 24.04.17 seinen Ausgang nahm.

Gern bin ich mit Weiterleitung an Zuständige der Stadtverwaltung einverstanden.

Mit freundlichen Grüßen
gez. v.Nordheim

Anfrage im Ausschuss für Bau und Stadtentwicklung des Stadtrats Lüneburg
zugleich Bitte um Auskunft gem. § 56 NKomVG

Meine schriftliche Frage Nr. 14 in der Sitzung des ABS vom 23.04.2017

14. Aufgrund welcher Lärm-Meßwerte ist die Planungsgrenze zwischen B-Plänen 153 I+III (Wohnen und Mischgebiet) und dem B-Plan 153 II (Gewerbe) gezogen worden?

Mit welchen Schallschutzmaßnahmen ließen sich die Möglichkeit weiterer Wohnbebauung sichern?

Antwort von Frau Hobro im Auftrag des OB/HVB vom 09.05.2017

Zu 14) Es liegt ein Lärmgutachten vor, welches im Bereich des Gewerbegebiets aufgrund der hohen Lärmwerte

gesunde Wohnverhältnisse ausschließt. Daher sind die nach BauNVO sonst ausnahmsweise zulässigen

Betriebsleiterwohnungen nach B-Plan ausdrücklich ausgeschlossen.

Diese Antwort ist sowohl a) unpräzise als auch b) unvollständig.

Daher meine Nachfrage respektive ausdrückliche Bitte um Auskunft:

- a) Das erwähnte Lärmgutachten
- wurde wann und von wem erstellt?
 - stellt präzise welche Lärmwerte wo fest?
 - geht von welchen Vorgaben/Annahmen aus?

b) Durch welche Lärmschutzmaßnahmen auf heutigem Stand wäre eine weitere Zeile Wohnbebauung (als Mischgebiet) am Westrand des B-Plan 153 II möglich?

Wurden folgende Möglichkeiten geprüft? Falls ja: Bericht? Dokumentation?

- Erdwall/ Lückenschluss der BW-Zufahrt
- Lärmschutzwand auf dem Erdwall
- Lärmabschirmende Bebauung im Gewerbegebiet (Ostrand)
- Passiver Lärmschutz: Absorbierende Aussenwand, 3fach Verglasung etc.
- Falls BAB- Bau:

Deren Tieferlegung zur Abflachung der Kuppe bis Dahlenburger Landstr. und zur Lärmentlastung Stadtkoppel/Dieselstr.

61

Herrn
Ratsvorsitzenden
Wolf v. Nordheim
Hansestraße 3
21337 Lüneburg

BAUDEZERNAT

Stadtbaurätin Heike Gundermann
Neue Sülze 35
21335 Lüneburg

☎ (04131) 309 3160
📠 (04131) 309 3444
E-mail
Heike.Gundermann@Stadt.Lueneburg.de

Ihr Zeichen:
Mein Zeichen: VI-rö

Lüneburg, den 24.08.2017

**Auskunft gem. § 56 NKom VG
Ihr Schreiben vom 13.08.2017 – Az. 16-77 vN.ABS**

Sehr geehrter Herr von Nordheim,

Sie haben in der Sitzung des ABS vom 23.4.2017 u.a. folgende Frage mit der lfd. Nr. 14 gestellt:

Aufgrund welcher Lärm-Messwerte ist die Planungsgrenze zwischen B-Plänen 153 I + III (Wohnen und Mischgebiet) und dem B-Plan 153 II (Gewerbe) gezogen worden? Mit welchen Schallschutzmaßnahmen ließen sich die Möglichkeiten weiterer Wohnbebauung sichern?

Darauf hat die Verwaltung am 9.5.2017 wie folgt geantwortet:

Es liegt ein Lärmgutachten vor, welches im Bereich des Gewerbegebietes aufgrund der hohen Lärmwerte gesunde Wohnverhältnisse ausschließt. Daher sind die nach BauNVO sonst ausnahmsweise zulässigen Betriebsleiterwohnungen nach B-Plan ausdrücklich ausgeschlossen.

Sie halten diese Antwort für unpräzise als auch unvollständig.
Daher stellen Sie folgende Nachfrage mit ausdrücklicher Bitte um Auskunft:

- a) Das erwähnte Lärmgutachten
 - Wurde wann und von wem erstellt?
 - Stellt präzise welche Lärmwerte wo fest?
 - Geht von welchen Vorgaben/Annahmen aus?

- b) Durch welche Lärmschutzmaßnahmen auf heutigem Stand wäre eine weitere Zeile Wohnbebauung (als Mischgebiet) am Westrand des B-Plan 153 II möglich?
Wurden folgende Möglichkeiten geprüft? Falls ja: Bericht? Dokumentation?
 - Erdwall/Lückenschluss der Bundeswehr-Zufahrt
 - Lärmschutzwand auf dem Erdwall
 - Lärmabschirmende Bebauung im Gewerbegebiet (Ostrand)
 - Passiver Lärmschutz: Absorbierende Außenwand 3fach Verglasung etc.
 - Falls BAB-Bau: Deren Tieferlegung zur Abflachung der Kuppe bis Dahlenburger Landstr. und zur Lärmentlastung Stadtkoppel/Dieselstraße

Der Beantwortung der Frage stellt die Verwaltung folgendes voraus:

Im Rahmen der Bauleitplanung werden üblicherweise keine Lärm-Messungen durchgeführt, sondern Lärmprognosen erstellt. Diese Lärmprognosen werden nach anerkannten Regeln der Technik durch externe Gutachter erstellt. Ziel der Lärmprognosen ist es, zu überprüfen, welche Schallpegel zu Tag- und zu Nachtzeiten durch verschiedene Lärmquellen wie Gewerbe-, Verkehrs- oder Sportlärm entsteht, um sicherzustellen, dass die Orientierungswerte der DIN 18005 „Schallschutz im Städtebau“ eingehalten werden. Damit wird ein gerichtlich anerkannter Nachweis erbracht, dass in den zukünftigen Gebieten gesunde Wohn- oder Arbeitsverhältnisse gewahrt werden.

Zu a)

Die lärmtechnische Untersuchung für den „Bebauungsplan Nr. 153 II Lüneburg“ wurde vom Büro „M+O Immissionsschutz“ erarbeitet. Das Gutachten wurde am 31. März 2017 fertig gestellt. Dieses Gutachten wurde im Rahmen der förmlichen Öffentlichkeitsbeteiligung zu den Bebauungsplänen Nr. 153 I und 153 II mit ausgelegt, war für jedermann einsehbar und kann weiterhin zur Einsichtnahme bereitgestellt werden.

Das Gutachten hat 26 Seiten und zusätzlich 9 Karten in denen verschiedene Lärmprognosen für Tag- und Nachtwerte in einer Höhe von 2 m oder 8 m über Grund jeweils ohne und mit A 39 dargestellt werden. Karte 9 stellt als Ergebnis der Untersuchung Lärmpegelbereiche gemäß DIN 4109 dar. Diese Lärmpegelbereiche sind in den Bebauungsplan als Festsetzung übernommen worden und definieren die Anforderungen von Außenbauteilen in Bezug auf deren Lärmdurchlässigkeit.

Eine Einsichtnahme in das Lärmgutachten kann jederzeit gewährt und das Gutachten fachlich erläutert werden.

Die Lärmberechnungen erfolgen mit dem EDV Programm SoundPLAN 7.4 auf der Grundlage des in der RLS-90 (Verkehrslärm) beschriebenen Verfahrens, dabei wird von einer freien Schallausbreitung ausgegangen. Der Gutachter hat sich an die Aufgabenstellung gehalten, die von der Verwaltung im Rahmen des Planungsprozesses für ein Allgemeines Wohngebiet bzw. Gewerbegebiet vorgegeben wurde. Die Einzelheiten dazu sind im Gutachten dargelegt. Wie oben erläutert, sind Berechnungen mit und ohne A 39 angestellt worden. Die zugrunde gelegten Verkehrsmengen entsprechen den aktuellen Verkehrsprognosen 2025/2030. Im Falle der A 39 ist die bisher durch die zuständige Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr geplante Lärmschutzwand berücksichtigt. Diese liegt außerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplans und wird nicht durch die Hansestadt Lüneburg festgesetzt.

Zu b)

Aus städtebaulichen Gründen hat die Verwaltung vorgeschlagen zwischen den Bestandsgebäuden und der B4 ein Gewerbegebiet zu entwickeln, da hier von erhöhten Emissionen ausgegangen werden konnte. Der Bauausschuss und der Verwaltungsausschuss (sh. VO/6080/15 vom 24.02.2015) sind mit den Aufstellungsbeschlüssen den Vorschlägen der Verwaltung gefolgt und haben damit den Inhalt des Planungsauftrages bestimmt.

Aus diesem Grund ist keine Alternativprüfung für ein Mischgebiet östlich der Bestandsgebäude erfolgt und war damit auch nicht Inhalt des Auftrages des Lärmgutachters.

Sofern das ermittelt werden soll, bedarf es eines Auftrages an den Lärmgutachter. Diese Kosten gehen zu Lasten der Hansestadt Lüneburg.

Anmerkung::

Aus Sicht der Verwaltung sollte eine dahingehende Planung jedoch nicht verfolgt werden. Das Planungsrecht geht von einer strikten Trennung der Gebiete aus. Die Erschließungsstraße für das Gewerbegebiet (Anna-Vogelely-Straße) würde in diesem Fall sowohl der Erschließung des Gewerbegebietes als auch eines Mischgebietes dienen. Dies widerspricht dem Trennungsgrundsatz.

Die Planung und der Bau der A 39 obliegen der Fachplanungsbehörde des Bundes und ist dadurch der Planungshoheit der Kommune entzogen (§ 37 f. BauGB). Die Festsetzungen des B-Planes sind eng mit dem Planfeststellungsverfahren der Landesstraßenbaubehörde abgestimmt. Es kann aus Sicht der Verwaltung zum jetzigen Zeitpunkt nicht ausgeschlossen werden, dass ein Heranrücken von Wohnbebauung an die Autobahn zu diesem Zeitpunkt des Planfeststellungsverfahrens zu einer Kostenbeteiligung an Lärmschutzmaßnahmen im Zuge des Autobahnbaus führen könnte.

Abschließend soll nicht unerwähnt bleiben, dass eine Änderung der Gebietsfestsetzungen eine Wiederholung des Planverfahrens gemäß § 4a Abs. 3 BauGB erforderlich macht.

Mit freundlichem Gruß
In Vertretung

Gundermann